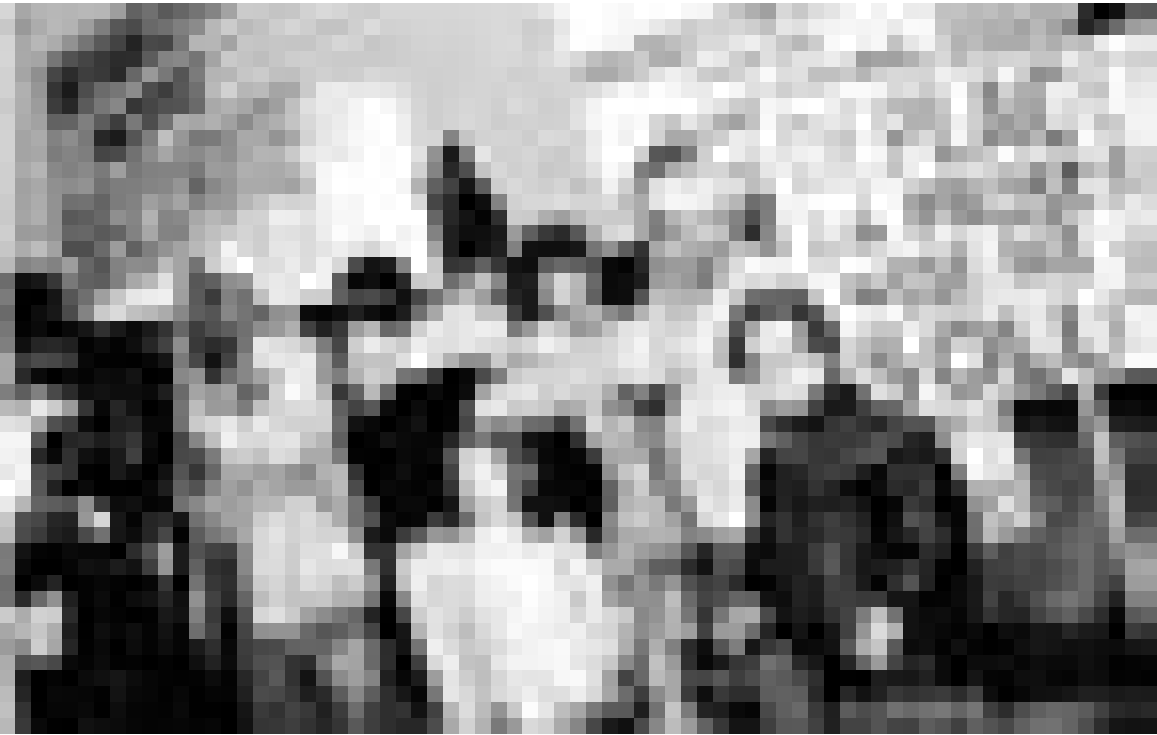


STRASSENSTRICH

# Wer redet schon mit "Huren"?



Um ihre "Lebensqualität" geht es, an die Arbeitsbedingungen der Prostituierten denkt jedoch keiner.  
(Foto: Christian Mosar)

**Sie sind am stärksten betroffen, aber ohne jede Lobby: Luxemburgs Prostituierte lehnen den in Richtung Gasperich verlegten Straßenstrich ebenso vehement ab wie die empörten AnwohnerInnen.**

Künstlich wirkt die Szenerie, die sich zurzeit Abend für Abend in der Rue d'Alsace und der Rue Wenceslas abspielt: Direkt an der Verbindungsstraße nach Gasperich, hinter grauen, verlassenen Firmengebäuden, dicht an dicht gedrängt gehen Prostituierte seit der Verlegung des Straßenstrichs ihrem Geschäft nach - und ziehen damit den Ärger von Firmen und BewohnerInnen in der Umgebung auf sich.

Benutzte Kondome und Spritzen auf Parkplätzen sowie der durch Freier rasant gestiegene Autoverkehr gefährdeten die Sicherheit der Kinder, die Klagen besorgte Eltern und AnwohnerInnen im angrenzenden Wohnviertel Gasperich sind mittlerweile bekannt. "Die allgemeine Lebensqualität ist beeinträchtigt", so Beatriz Carrilho vom örtlichen Interessenverein. Besonders verärgert sind die Neuen - von der versprochenen Verkehrsberuhigung und der schönen Wohnlage sei nicht mehr viel übrig.

"Der alte Standort war besser", betont Aurielle. Die 42-jährige Prostituierte verdient seit acht Jahren ihren Lebensunter-

halt auf der Straße. Doch während in der Vergangenheit dafür zwei bis drei Stunden "Schicht" täglich gereicht haben, muss nun für das gleiche Geld die ganze Nacht gestanden werden. "Man zwingt uns in feste Uhrzeiten und verunsichert die Kunden", erklärt die Luxemburgerin das schleppende Geschäft. Laut Reglement vom 16. Mai dürfen die Frauen von acht Uhr abends bis drei Uhr morgens in den vorgesehenen Straßen stehen. Anonymität - wichtigstes Gut im Sexgeschäft - gibt es weder für die Freier noch für die Sexarbeiterinnen: Neben öffentlichen Linienbussen fahren bis vor kurzem noch Familien auf dem Heimweg an den Frauen vorbei. Jetzt gibt es nachts zwar ein Durchfahrtsverbot in Richtung Gasperich, doch da es sich gegen die Freier richtet und die Einhaltung von der Polizei streng kontrolliert wird, leidet das Geschäft.

## Wie Affen im Zoo

Nicht nur das Gefühl, "wie Affen im Zoo" beglotzt zu werden, nervt die Prostituierten. Der neue Stehplatz sei zu klein und durch das dicht gedrängte, zeitlich befristete Stehen wachse der Druck und das Konkurrenzgefühl. Henri Goedert, Mitarbeiter der Aidsberatung und Psychologe im Prostituiertentreff "dropin", hält sogar erhöhte Gesundheitsrisiken aufgrund des Zeitdrucks für möglich. Besonders hart trifft die neue Regelung Drogenabhängige: Ihre Sucht lässt sich kaum in starre Uhrzeiten pressen.

"Wir können nichts für die Regelung", betonen Aurielle und ihre KollegInnen. Es ärgert sie, dass sich der Protest der AnwohnerInnen vor allem gegen sie und nicht gegen die Stadt richtet. Einige fürchten gar "eine Hexenjagd". Die Sorgen der Gas-

pericher um die Sicherheit ihrer Kinder verstehen die meisten Prostituierten sehr wohl. Schließlich, betonen sie, seien unter ihnen selbst viele Mütter. Gerade deshalb plädieren die Frauen für die alte Lösung. Die Straßenzüge Rue d' Epernay und Rue du Commerce habe jedeR jederzeit umgehen können. Und für die Schule in der Straßburger Straße hätte man sich einen Kompromiss vorstellen können, zum Beispiel den Abschnitt "aus-sparen".

Die Verantwortlichen der Stadt wollten davon offenbar nichts wissen. In den letzten Monaten der alten Regelung erstellte der Polizeikommissar Joseph Schmit für den Bürgermeister Paul Helminger einen Bericht zum Straßenstrich im Bahnhofsviertel. Darin heißt es, die Situation habe sich aufgrund verschärfter Polizeipräsenz erheblich verbessert. Dennoch wurde der Strich verlegt. Ohne vorher die Betroffenen gefragt und nach einer für alle Beteiligten akzeptablen Lösung gesucht zu haben.

## Ärger war absehbar

"Die Proteste, die es jetzt von allen Seiten gibt, waren absehbar", stellt Viviane Loschetter, trocken fest. Die Stadt, allen voran der Bürgermeister und der Schöffe Laurent Mosar hätten das Reglement entgegen der Bedenken der Opposition "durchgeboxt".

Noch etwas kritisiert die Sprecherin der Grünen: In Luxemburg ist Prostitution grundsätzlich nicht verboten. Lediglich ihre Förderung in Form von Zuhälterei steht unter Strafe. Die Beschränkung des Sexgeschäftes auf bestimmte Straßen, davon ist Loschetter überzeugt, sei juristisch deshalb äußerst fragwürdig. "Theoretisch könnten Prostituierte ihre Dienste sogar in der Grand Rue anbieten ... vorausgesetzt sie klagen dieses ein", so die Grüne.

Das ist vielleicht gar nicht nötig. Das Luxemburger Traditionsunternehmen Paul Wurth hat gemeinsam mit drei anderen, in der Rue d'Alsace und der Rue Wenceslas ansässigen Firmen gegen den umstrittenen Artikel 48 Klage erhoben. In einer ersten Entscheidung hat das Schnellgericht zwar die von den Anwälten geforderte einstweilige Aussetzung der neuen Regelung abgelehnt. In einem Punkt aber gaben die Richter den Klägern Recht: Durch den Straßenstrich hätten die Firmen tatsächlich Schaden erlitten. Die juristische Rechtfertigung der Verlegung ist damit weiter offen. "Wir warten das Ergebnis des Gerichts ab", erklärt Laurent Mosar gegenüber der WOXX. Interessant: Der Schöffe hält eine Revision der Reglements seitens der Stadt vor der endgültigen gerichtlichen Entscheidung für denkbar.

Man werde sich in den nächsten Tagen im Schöfferrat mit den rechtlichen und politischen Konsequenzen der richterlichen Vorentscheidung befassen, sagt Mosar. Offenbar traut die Stadt ihrem Vorstoß selbst nicht.

Ines Kurschat

## Rendez à César ...

Le bulletin de mai de l'association "Liberté de Conscience" contient un dossier sur "Le financement de l'Eglise catholique à l'exemple du groupe Caritas". La préface promet "un travail très recherché et très bien fondé". La principale conclusion est que les bilans du groupe, et en particulier celui d'"Aide familiale - Aide senior" sont mal faits, un problème commun à de nombreuses ONG ayant une activité économique. Pour le reste, le dossier contient de nombreux énoncés de principe qu'on peut trouver justes ou excessifs, mais qui ne sont pas nouveaux.

Liberté de Conscience a le mérite de soulever le problème posé par l'emprise exercée par l'Eglise sur des fonctionnalités de la société civile. Même sans preuve de malversations, il paraît justifié d'exiger de la transparence financière de la part de la nébuleuse catholique. Mercredi dernier, sur les ondes de 100,7 Erny Gillen, président de la "Confédération Caritas Luxembourg asbl" a tout démenti: "Nos bilans sont faits selon les règles de l'art." Il a qualifié les attaques de Liberté de Conscience de "polémiques simplistes". Affaire à suivre.

## Monténégro: pas de débat

Sur invitation de notre confrère "d'Lëtzebuurger Land", le ministre de la coopération Charles Goerens et Karin Waringo, politologue, devaient exposer leurs points de vue sur la situation dramatique au Monténégro. Mais la conférence-débat annoncée n'a pas eu lieu. Non seulement le ministre est arrivé avec une heure de retard, la politologue a clarifié dans son intro que ses propos cibleraient un public luxembourgeois non averti - pratiquement absent - et non les 80 pour cent d'"experts" d'origine monténégrine qui remplissaient les rangs. Ainsi, pendant que l'oratrice exposait la situation économique et sociale de ce pays déchiré, les Montégrin-e-s attendaient poliment qu'on leur explique la politique luxembourgeoise vis-à-vis de leur communauté, exclue aussi bien de la régularisation que de tout statut de protection. Mais Charles Goerens, en tant que ministre de la coopération, avait la partie facile: Décrivant les efforts financiers de son gouvernement pour aider les personnes disposées à retourner "là-bas", il n'eut pas à justifier la politique des retours en elle-même. En somme, on pouvait se demander si, à l'heure actuelle, il n'aurait pas fallu inviter M. Frieden au lieu de M. Goerens.

## Arbed: KPL warnt vor Lohnkürzungen

Eine ausführliche Stellungnahme hat die Kommunistische Partei Luxemburg (KPL) zur Fusion von Arbed, Aceralia und Usinor vorgelegt. Darin warnt sie vor dem weiteren Abbau von Arbeitsplätzen und Betrieben in der Stahlbranche. Die geplante Schließung einer Walzstraße im nahen Frankreich, das "offene Gerede" über eine mögliche Schließung des Rohrwerks von Profil-Arbed Differdingen, sowie die Stilllegung von Hochöfen im "Triangle de Charleroi" in Belgien werten die GenossInnen als sicheren Beweis für die verschärfte Ausbeutung der Stahlarbeiter in der Region. Die KPL geht zudem davon aus, dass die Geschäftsleitung bereits kurzfristig die Personal- und Lohnausgaben in bestehenden Arbeitsverhältnissen senken will. Nur deshalb wolle die Arbed im Rahmen der derzeitigen Kollektivvertragsverhandlungen die bescheidenen Lohnforderungen der Gewerkschaften nicht erfüllen. Die KommunistInnen fordern die Arbeitgeber dazu auf, "die Beschäftigten am geschaffenen Reichtum zu beteiligen", soziale Errungenschaften "über den Weg des Kollektivvertrags abzuschern" und die Löhne der rasanten Entwicklung der Produktivität anzupassen.

